

Pressemitteilung



Kranke nicht für die Wirtschaftskrise bezahlen lassen

Pressestelle der
deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1
10623 Berlin

Düsseldorf, 30.05.2014 – Der 117. Deutsche Ärztetag hat die politischen Entscheidungsträger in Europa und den Internationalen Währungsfonds dazu aufgefordert, Einschnitte im Gesundheitswesen aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise derart zu gestalten, dass eine ausreichende gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung gewährleistet bleibe. „Auch angesichts einer veritablen Krise dürfen ethische Prinzipien nicht über Bord gehen“, erklärte Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Bundesärztekammer. Kurzfristige Einsparungen dürften nicht zur mittel- und langfristigen Verschlechterung der allgemeinen Gesundheitslage in den Krisenländern führen.

Der Deutsche Ärztetag sieht in den Vereinbarungen zwischen den betroffenen Staaten und der Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission zwar wichtige Impulse für die Modernisierung der Gesundheitssysteme. „Gerade bei den Schwächsten, bei Kindern oder Alten, aber eben auch bei den Kranken, muss jedoch bei allen berechtigten Sparbemühungen ein besonderes Augenmaß gelten“, sagte Montgomery. Es sei zu kurz gedacht, wenn aufgrund von Sparmaßnahmen keine Praxis oder Klinik in erreichbarer Nähe sei und wenn Patienten medizinisch induzierte Therapien deswegen gar nicht erst beginnen könnten oder vorzeitig abbrechen müssten. Einschnitte in den Arzneimittelmarkt schränken die Therapiefreiheit des behandelnden Arztes ein.

Außerdem warnten die Delegierten vor negativen Auswirkungen der Verdichtung der ärztlichen Arbeitszeit auf die Patientensicherheit.

Diese Pressemitteilung finden Sie auch im Internet unter www.bundesaerztekammer.de

Ansprechpartner:
Alexander Dückers
Samir Rabbata
Tel. (030) 40 04 56-700
Fax (030) 40 04 56-707
www.bundesaerztekammer.de
presse@baek.de